

## Zeitschriften-Spiegel

### *Internationale Probleme*

Die internationale Zeitschrift für Wirtschaftswissenschaften, *Kyklos*, 1970/1, stellt zwischen verschiedenen Ländern einen Vergleich der Verteidigungsausgaben im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt an. *Walter G. Hoffmann* kommt zu dem Schluß, daß mit dem Wachstum der Wirtschaft im allgemeinen auch die *Verteidigungsausgaben* absolut und relativ ansteigen. Vom Bruttosozialprodukt werden teils 2 vH (Zambia), teils 9 vH (Syrien) ausgegeben. Unter den alten Industrieländern geben die USA 7 vH, die Sowjetunion 5 vH, die BRD 3,69 vH aus. Das industriell hochentwickelte Japan gibt dagegen nur 1,08 vH aus. Legt man die öffentlichen Gesamtausgaben zugrunde, so entfallen auf den Verteidigungshaushalt in Malawi 2 vH und in Burma 65 vH, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Etatstrukturen unterschiedlich und daher kaum vergleichbar sind. Je Kopf der Bevölkerung wurden in Deutschland 1926 6 DM, 1933 19 DM, 1938 161 DM und 1958 57 DM für Verteidigung ausgegeben. International gesehen betragen die Ausgaben in Uganda 0,1 Dollar und in den USA 288 Dollar. In der ganzen Welt wurden im Jahre 1966 100 Milliarden Dollar für Verteidigungsausgaben aufgewandt, davon allein die Hälfte etwa von den USA.

Eine stark entwickelte Rüstungsindustrie fördert planwirtschaftliche Tendenzen und entzieht dem Konsumsektor qualifizierte Arbeitskräfte und Kapital, bremst daher letztlich das wirtschaftliche Wachstum.

Die Zeitschrift der amerikanischen Gewerkschaften AFL-CIO, *The Federationist*, 1970/1, untersucht vom Standpunkt der US-Arbeiter die Auswirkungen der sich immer mehr ausdehnenden *multinationalen Firmen*. Sie haben Filialen in manchmal 40 Ländern oder mehr, die Produktion und der Verkauf werden zum Vorteil der Gesellschaften von dem Top-Management in der Zentrale gelenkt. Kosten, Preise, Versand, Steuern, Profite, die Währungsparitäten usw. werden über nationale Grenzen hinweg manipuliert. Ein beträchtlicher Teil des US-Exports und -Imports sind tatsächlich Transaktionen innerhalb dieser Firmen. Der ausländische Umsatz multinationaler Firmen, die in den USA beheimatet sind, ist so etwas wie eine „dritte Weltwirtschaft“ und beläuft sich auf 120 bis 200 Milliarden Dollar je Jahr. Ihre geschätzte Produktion und der Verkauf außerhalb der USA ist wahrscheinlich größer als irgendein nationaler Output in der ganzen Welt, ausgenommen der der USA und der Sowjetunion. Diese Entwicklung ist eine Herausforderung für alle Länder, ihre Technologien und ihr Management zu modernisieren und gleichzeitig Gesetze zu entwerfen, die die

Firmen dazu zwingen, nicht gegen die Interessen des jeweiligen Landes zu handeln. Aber kein Land hat bis jetzt genaue Informationen über die Tätigkeiten dieser multinationalen Firmen. Man weiß lediglich:

Diese Firmen sind oft auf wenige Industriezweige konzentriert wie z. B. Öl, Bergbau, Arzneimittel, Chemieprodukte, Nahrungsmittel und so weiter. Sie haben einen besseren Zugang zum Weltmarkt, indem sie zum Beispiel in Ländern produzieren, wo sie niedrige Löhne zahlen können und dort verkaufen, wo sie das meiste für ihre Waren bekommen; sie erhöhen die Preise dort, wo die Steuern hoch sind und senken sie in steuergünstigen Ländern. Die Firmen treffen untereinander Absprachen über Investitionen und Patentrechte. Sie besitzen die Führung auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung, die nicht selten vom Staat gefördert wird, und sie bekommen in den USA zum Beispiel die meisten Rüstungsaufträge. Viele Firmen haben verschiedene Nationalitäten, aber das oberste Management ist meist national gebunden. Sie bedrohen das Prinzip des freien Welthandels, nach dem jedes Land produzieren soll, was es am effektivsten herstellen kann, da sie keiner Regierung und keinem Parlament verpflichtet sind, sondern nur ihrem eigenen Gewinn. Der freie Wettbewerb muß nicht notwendig in Frage gestellt werden durch diese Firmen, aber er wird zumindest eingeschränkt. Multinationale Firmen könnten theoretisch zu einer weltweiten Angleichung der Löhne, Steuern und Gewinnspannen beitragen, praktisch arbeiten sie sowohl gegen das Interesse der Arbeitnehmer in ihrem Heimatland, wie auch gegen das Interesse der Arbeiter in den Entwicklungsländern. Sie haben zwar moderne Technologien exportiert, sich aber sehr oft den sozial diskriminierenden Bedingungen der Korruption in den anderen Ländern angepaßt. Damit der wirtschaftliche Fortschritt wirklich allen zugute kommt, sollten multinationale Firmen unter eine weltweite soziale, ökonomische und politische Kontrolle gebracht werden.

Im *Europa-Archiv*, 1970/3, entwirft *Isaiah Frank* eine Strategie der *internationalen Handelspolitik* für die zweite Entwicklungsdekade. Die wirtschaftliche Entwicklung in Entwicklungsländern leidet unter der ständigen Devisenknappheit, die auch mit neuen Kapitalhilfen allein nicht behoben werden kann (Rückzahlung von Schulden und Zinsen). Exporte aus Entwicklungsländern sind bereits heute eine viermal größere Devisenquelle als die ausländische Kapitalhilfe, und sie fördern den inneren Wachstumsprozeß, indem sie den einheimischen Markt ausweiten, den Import liberalisieren und damit die einheimischen Monopole schwächen. Trotz erheblicher innenpolitischer Schwierigkeiten der Industrieländer sollten als notwendige Ergänzung zur unmittelbaren Entwicklungshilfe Zollpräferenzen für Waren aus Entwicklungsländern zugestanden

den, internationale Abkommen für Rohstoffe abgeschlossen und regionale Handelsabkommen zwischen Entwicklungsländern begünstigt werden.

#### *Gewerkschaftsfragen*

Das *British Journal of Industriell Relations*, 1970/1, kommt in einer soziologischen Untersuchung des Verhältnisses von Gewerkschaften, Massenmedien und „wildem“ Streiks zu folgendem Ergebnis: Massenmedien erzeugen eine starke Aufmerksamkeit für wilde Streiks, sie beeinflussen aber nicht das Urteil, zum Beispiel über Strafaktionen. Massenmedien, insbesondere das Fernsehen (die höheren Chargen bevorzugen Zeitungen), fördern nach dieser Untersuchung eine Integration auf Teilgebieten, wie beispielsweise für das nationale Interesse, aber sie beeinflussen die Gewerkschaftsmitglieder nicht in einer bestimmten politischen Richtung, wenn es um ihre eigenen Angelegenheiten geht.

Die *Osteuropäische Rundschau*, 1970/1, untersucht den neuen Trend in der *osteuropäischen Gewerkschaftsbewegung*, der bis zu einem gewissen Grad die Konsequenz der Einführung von Wirtschaftsreformen sei, da dadurch die straffe zentrale Führung gelockert werde. In Jugoslawien gibt es ein de-facto-Streikrecht, und sogar wilde Streiks. In der CSSR zehrt man noch etwas vom Prager Frühling und sieht immer noch den Streik als Mittel zur Lösung industrieller wie auch politischer Auseinandersetzungen an. Die Ungarn haben das Mittel des „Vetorechts“ zur Waffe der Arbeiterklasse entwickelt. In Polen ist das Streikrecht nach 1958 wieder auf symbolische Proteststreiks reduziert worden. In Bulgarien sind Streiks unbekannt. Die Zeitschrift informiert ebenfalls über ungarische Gastarbeiter in der DDR aus ungarischer Sicht.

#### *Hinweise*

Das *Argument* Nr. 56 beschäftigt sich mit Sexualität und Herrschaft in der Schule. Die Themen sind Triebunterdrückung und Triebmodellierung in Gymnasien; Sexualpädagogik als Disziplinierungsmittel. Außerdem sind ausführliche Buchbesprechungen zu dem Thema zu finden.

Die *Frankfurter Hefte*, 1970/1 und 2, enthalten eine sehr gut kommentierte Meinungsumfrage über Zukunftsvorstellungen vietnamesischer Studenten für ihr Land.

In den *Neuen Deutschen Heften*, 1969/4, beschäftigt sich *Ulrich Sonnemann* mit den langfristigen Problemen, die sich für Israel aus dem Zusammenleben mit den Arabern innerhalb und außerhalb seiner Grenzen stellen.

Die *Blätter für Deutsche und Internationale Politik*, 1970/2, enthalten ein Interview mit dem Vorsitzenden der inzwischen verbotenen Oppositionspartei Kenias, *Oginga Odinga*, und

eine Einführung in die politischen Probleme dieses wichtigen Landes.

Die *Peking Rundschau*, 1970/5, zitiert und kommentiert die ansonsten wohl beinahe unzugängliche Zeitschrift *Liberation* der maoistischen dritten kommunistischen Partei Indiens (Marxisten-Leninisten). Man liest von chinesisch inspirierten Bauern-Partisanen, die Gutsbesitzer töteten oder verjagten, Grundbesitzertitel und Schuldscheine vernichteten und Land in Besitz nahmen. Zum Schluß heißt es: „Der bewaffnete Kampf der Bauern in Debra wird fortschreiten! Es lebe der Vorsitzende Mao!“

Die Wochenzeitung *Publik*, von der katholischen Bischofskonferenz konzipiert und finanziert, hat sich seit ihrem Bestehen redaktionell freigeschwommen. Sie ist kritischen Themen gegenüber aufgeschlossen und diskutiert sie möglichst von allen Seiten, so die Themen Mitbestimmung, Entwicklungshilfe, Vorschulerziehung, Städtebau. Eine große Zahl freier Mitarbeiter trägt zur erfreulichen Vielfalt der Meinungen bei.

*Barbara Skriver*